

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

№ XXIV. 119

Bonn, den 27. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Umriss der Hochschulreform 78

Von Heinz Kühn,  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

3 Billige Triumphe für den SDS 42

Viele öffentliche Verkehrsträger können nicht rechnen

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

4 - 5 Entwicklungshilfe ist Friedenspolitik 70

Führende SPD-Politiker ziehen Bilanz und nennen neue Aufgaben

6 - 7 Kapitulation aus Vernunft 67

Wilson's Kurswechsel im Verfolg der Gewerkschaften

Von Hans Joachim Werbke, London

## Umriss der Hochschulreform

Von Heinz Kühn,  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Die Situation an unseren Hochschulen hat sich in einer Weise entwickelt, die ich nur als eine zunehmende Gefährdung zu deuten vermag. Sprachen wir in den letzten beiden Jahren noch von einer radikalen Minderheit und einer "vernünftigen Mehrheit", finden wir heute eine militante Minderheit und eine radikalisierte Mehrheit an vielen Universitäten: Denken wir an Berlin, Hamburg, Frankfurt. Flucht in die Resignation bei vielen Lehrenden und Studierenden, Abwanderung in die außeruniversitäre Forschung und manch anderes sind Erscheinungen, die sich zunehmend bemerkbar machen.

Paradoxerweise begegnen wir in der Diskussion um die Universität gleichzeitig dem Ruf nach dem Staat als der ordnenden Kraft und dem Antiruf gegen den Staat als Träger autonomiegefährdender Machtabsichten. So wird in einem Atemzug die gouvernementale Ordnungsmacht hilfeheischend angerufen und zugleich die staatliche Mitwirkung als Eingriff in die Autonomie der Universität empört zurückgewiesen.

Autonomie der Hochschulen und Demokratie in der Hochschule stehen heute, wie mir scheint, im Licht oft falsch geführter Diskussionen. Viele Studenten mißverstehen Demokratisierung als die Frage der paritätischen Besetzung universitärer Entscheidungsgremien und verkennen, daß Demokratisierung der Bildung in erster Linie das Problem der Öffnung der Universität für alle sozialen Schichten des Volkes ist. Sozialisierung der Bildung ist nicht identisch mit plebiszitärer Struktur der Universität.

Die Demokratisierung der Hochschule kann sich nicht auf die Fragen der wissenschaftlichen Dialektik und Methodik beziehen. Qualität von Forschung und Lehre und die damit verbundene Freiheit dürfen nicht beeinträchtigt und plebiszitär manipuliert werden.

Stimmrecht der Studierenden im unmittelbaren Forschungsbereich hat für nicht mehr Fragwürdigkeit als Vorzugswürdigkeit.

In bezug auf Studien- und Prüfungsordnungen sowie auf den Vorlesungsbetrieb aber muß der studentische Einfluß gesichert werden. Es wird der Gegenstand der kommenden Diskussionen um die Hochschulgesetze sein.

und wieweit Aspekte und Formen des allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Lebens auf die Hochschule übertragen werden können.

Ebenso wenig wie eine überkommene Dominanz der Ordinarien aufrechterhalten werden kann, wird es eine Repräsentanz qualitativ-pluralistischer Art zwischen den akademischen Bürgergruppen geben können.

Soweit die Funktionsmäßigkeit ein entscheidendes Kriterium bei der Anerkennung von Stimmrechten sein wird, sollte man die heute tatsächlichen Mittelschichten zur Geltung bringen. Auch wenn sie formal einen beachtlichen Teil ihrer Arbeit in Lehre und Forschung in der Leitung und Kontrolle der Ordinarien und Direktorate durchzuführen, ist ihr Beitrag sehr oft ein origineller und selbständiger.

Hochschulreform heißt technisch-organisatorischer Ausbau und Umbau des Hochschulwesens und zugleich inhaltlich qualitative Neuorientierung von Studium, Lehre und Forschung. Der Hochschulgesetzentwurf der Landesregierung Nordrhein-Westfalens befaßt sich in seinen Schwerpunkten bewußt vorrangig mit der Organisation der Hochschule. Darin liegt seine gewollte Beschränkung und seine erkannte Schwäche. Hier wurden in der Vergangenheit die größten Schwächen sichtbar. Hier ist der Staat am ehesten zum Eingreifen fähig und befugt. Die Landesregierung weiß aber durchaus, daß das allein die Hochschulreform nicht ausmacht. Sie weiß, daß sie nur einen Rahmen gesetzt hat. Aber dieser Rahmen ist weit genug, um noch von der Universität selbst ausgefüllt werden zu können - er ist flexibel genug, um den speziellen Forderungen der Universitäten gerecht zu werden. Die inhaltlich-qualitative Reform des Studiums, der Lehre und der Forschung ist und bleibt aber zuerst Sache der Hochschule selbst. Man kann nicht vom Staat fordern, sich aus der Hochschule herauszuhalten und zugleich von ihm eine inhaltlich orientierte Studienreform erwarten.

Jedes in die Form eines Hochschulgesetzes gegossene Ergebnis der gegenwärtigen Reformdiskussion wird ein Kompromiß sein und nicht alle befriedigen.

In der Dynamik und Komplexität unserer Zeit werden wir alle Strukturen für weitere Entwicklungen so offen und elastisch wie möglich anlegen müssen. Das bedeutet, offen für die Entwicklung in adäquaten Schritten und Phasen im Geist der Regeneration nicht nur des Gesetzes und der Institution, sondern auch deren, die sie tragen und durchführen. Der Schritt der Reform wird sich ebenso weit entfernt halten müssen von überkommenen konservativen Vorstellungen wie von utopischen scheinrevolutionären Forderungen.

Wer aber die Universität nicht reformieren, sondern die Gesellschaft revolutionieren will und dabei die Universität als ein Vehikel der Revolution benutzen möchte, wer Gewalt, Brandstiftung und Terrorisierung propagiert oder praktiziert, wird auf unbeugsamen Ordnungswillen stoßen müssen. - Niemand wird den Reformwillen durch Disziplinarmaßnahmen drosseln dürfen. Niemand wird aber auch vor entschlossenen Disziplinarmaßnahmen zurückschrecken dürfen - dies gilt für Ministerien und Professoren -, wenn Feuerköpfe mit Feuerbränden manipulieren.

### Billige Triumphe für den SDS

Viele öffentliche Verkehrsträger können nicht rechnen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Nach Hannover hat nun auch Heidelberg vor den gegen Fahrpreis-erhöhungen demonstrierenden Studenten kapituliert. Der SDS schaut sich mit stolz geschwellter Brust. Zum ersten Mal ist es ihm gelungen, über das selbstgezimmete Ghetto hinauszustoßen und Massen in Bewegung zu bringen. Das wird ihn veranlassen, weitere so nasserfühlbedingten stowlicher Art auszukundschaften und neue Aktionen in Gang zu bringen.

Was in Hannover und Heidelberg geschah, ist symptomatisch für den sträflichen Leichtsin, mit dem oft von kommunalen oder privaten Verkehrsträgern Tarifpolitik gemacht wird. Auf dem Energiesektor sieht es nicht viel anders aus. Man rechnet und rechnet, stellt entweder rote Zahlen fest, registriert ein Nachlassen der Gewinnausschüttung oder benötigt Möglichkeiten zum Ausgleichen von Defiziten kommunaler Haushalte und schon werden die Tarife maßlos angehoben. Gibt es dann Krach oder Demonstrationen, lassen sich über Nacht Wege finden, wie man zu einem Ausgleich kommt und auf einmal geht doch, was vorher unmöglich erschien. Manche dieser Auseinandersetzungen hätten vermieden werden können, wenn man das, was hinterher geschah, sich vorher überlegt hätte, ganz gleich ob es sich um die Beseitigung ganz simpler und blamabler Rechenfehler handelt oder um die Möglichkeit, Subventionen zu erhalten, die ein Beibehalten der Tarife ermöglichen.

Was den meisten öffentlichen Verkehrsträgern nützt, ist, daß man geistig beweglicher wird und auch in seiner Tarifpolitik einiges zulernt. Die Bundesbahn hat seit der Übernahme des Verkehrsministeriums durch Georg Leber den Beweis erbracht, daß man mit neuen und fortschrittlichen Ideen, vor allem auf dem Gebiet der Werbung und der preiswerten Angebote, auch einem scheinbar überlebten Verkehrsmittel wieder neue Anziehungskraft einhauchen kann. Bei den übrigen Verkehrsträgern und auch bei den kommunalen Energieträgern schläft man jedoch meist weiter und übersieht die Chancen, die in neuen Methoden liegen können. Beispielsweise in verbilligten Angeboten außerhalb der Hauptverkehrszeiten bei städtischen Straßenbahnen und Omnibussen u.ä. mehr. Man macht einfach den alten Trott weiter und kultiviert solche Unsitten, wie ich sie einmal bei einem "privaten" Verkehrsunternehmen unter starker Beteiligung der öffentlichen Hand beobachtet habe, bei dem man zwar kein Geld für Sozialtarife zugunsten kinderreicher Familien hätte, aber reichlich alljährlich einem der dem Aufsichtsrat des Unternehmens angehörigen Bürgermeister und Landräte einen neuen Mercedes schenkte. Ich meine, so leicht sollte man es dem SDS doch nicht machen, zu Solidarisierungseffekten zu kommen. Mit einem bißchen Denken und Fingerspitzengefühl kann ihm, zumindest hier, leicht das Handwerk gelegt werden.

### Entwicklungshilfe ist Friedenspolitik

Führende SPD-Politiker ziehen Bilanz und nennen neue Aufgaben

WW - Die Betonung der Entwicklungshilfe als ein entscheidender Faktor der aktiven Politik der Friedenssicherung der Bundesregierung, die Bilanz der Entwicklungspolitik, seit sozialdemokratische Minister in der Bundesregierung dafür die Verantwortung tragen und Vorschläge zu einer Verbesserung der Entwicklungshilfe waren die wesentlichen Punkte eines Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Thema "Die II. Entwicklungsdekade - Chance und Verpflichtung für Deutschland" am 26. Juni in Bad Godesberg.

Bundesaußenminister Willy Brandt wies auf die Schärfe des Nord-Süd-Gegensatzes in der Welt, die Unterschiede zwischen reichen Industrie- und armen Entwicklungsländern hin. Diese Probleme seien zeitweise durch den Ost-West-Konflikt überdeckt worden. Beide Konflikte lösen sich aber nicht ab, sondern überlagern und potenzieren sich teilweise. Dort, wo sich die Spannungsfelder Ost - West und Nord - Süd überschneiden, wie im Nahen Osten und in Vietnam, ist die Situation am explosivsten. Deshalb forderte Brandt neue Anstrengungen, damit die Entwicklungshilfe zu einem friedlichen Ausgleich zwischen den Völkern beitragen kann. Brandt bezeichnete die Bemühungen um die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und der sozialen Struktur in den Entwicklungsländern als eine Aufgabe der Solidarität über die Grenzen hinweg, für die gerade Sozialdemokraten Verständnis haben, die ein Jahrhundert lang solidarisch für eben diese Ziele innerhalb ihrer Länder gekämpft haben.

Wie nach ihm Bundesminister Eppler, forderte Brandt eine weltweite Koordinierung der Entwicklungshilfe, die auch eine Kooperation von West und Ost einschließen muß. In diesem Zusammenhang betonte Brandt, daß eine Entspannung zwischen Ost und West mehr Energien für die Entwicklungshilfe freisetzen könne, und er forderte neue, kühne Schritte. Da gegenwärtig auf der Welt 15 mal soviel Geld für die Rüstung ausgegeben werde wie für die Entwicklungshilfe (nämlich 600 Mrd. DM gegenüber 40 Mrd. DM), könne man vielleicht damit beginnen, wenn alle Nationen ein Prozent ihrer Rüstungsausgaben auf die Entwicklungshilfe verlagern.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard

Eppler, unterstrich die Leistungen der deutschen Entwicklungspolitik, seit sie durch sozialdemokratische Minister gestaltet wird. U.a. lies er darauf hin, daß die einzelnen Projekte effizienter gemacht wurden, durch die Errichtung der Bundesstelle für Entwicklungshilfe die Technische Hilfe besser durchgeführt werden kann, durch die Verabschiebung des Entwicklungshelfergesetzes dem Entwicklungsdienst der gleiche Rang wie dem Wehrdienst eingeräumt wurde und den Entwicklungsländern günstigere Konditionen bei Kapitalhilfekrediten geboten würden. Innenpolitisch sei die Entwicklungshilfe eines der wenigen Gebiete, wo noch ein Dialog mit der engagierten jungen Generation geführt werden kann. Als praktische Vorschläge für die zweite Entwicklungsdekade, die vor allem eine qualitative Verbesserung der Hilfe bringen müßte, nannte Eppler u.a.: Neben die rein multilateralen und die rein bilateralen Projekte bzw. Programme sollten solche treten, die multilateral geplant und bilateral durchgeführt werden. Dadurch würden die Vorteile beider Methoden verbunden. Eppler regte ferner an, daß die Rückflüsse der Kapitalhilfe einem Sondervermögen zufließen, das wieder für Hilfsmaßnahmen verwendet wird, um so der Verschuldung der Entwicklungsländer entgegenzuwirken. Deutschland wolle auch das Kapital der Deutschen Entwicklungsgesellschaft auf 250 Millionen DM erhöhen.

Staatssekretär Dr. Klaus von Bohneney nannte fünf ökonomische Gebote der Entwicklungspolitik.

- \* 1. Zur Hilfe ist erforderlich, daß der Reichtum der Industrienationen weiter wächst.
- \* 2. Die Industrienationen müssen dem erstrebten Wachstum der Entwicklungsländer Rechnung tragen, indem sie ihnen auch die Chance zur Handelsausweitung geben.
- \* 3. Die Hilfe muß die Wachstumsraten in den Entwicklungsländern maximal fördern.
- \* 4. Im gegenseitigen Interesse muß der Handel weitgehend liberalisiert werden.
- \* 5. Die Industriestaaten selbst müssen ihre eigene Wirtschaft unstrukturieren, um die aus der steigenden Produktivität der Entwicklungsländer resultierende Konkurrenz zu verarbeiten.

Gerade dieses letzte Gebot ist nicht nur eine entwicklungspolitische Notwendigkeit. Eine auf Stabilität und Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik schließt diese aktive Strukturpolitik ein. Entwicklungspolitik heißt somit: Die Gesamtmasse des Wohlstands auf dieser Welt so zu vermehren, daß ohne innenpolitische Schwierigkeiten nicht das Niveau des Wohlstandes, aber der Anteil an der Weltproduktion verringert werden kann. Nicht der Mangel an Kapital, aber der Mangel an Herz und Verstand kann diesen Prozeß gefährden. + + +

## Kapitulation aus Vernunft

### Wilson's Kurswechsel im Verfolg der Gewerkschaften

Von Hans Joachim Werbke, London

1969 ist für Harold Wilson das "Jahr der Rückzüge": Kaum hat er die gegen die Koalition von Labours Linken mit der Tory-Rechten nicht durchs Parlament zu bringende Oberhausreform aufgegeben (um angeblich parlamentarische Zeit zu gewinnen für die als vorranglicher erachtete Gesetzgebung zur Gewerkschaftsreform), da stellt er auch den Gesetzesentwurf hierzu zurück. In diesem Rückzug sieht freilich die liberal-konservative "Sunday Times" das, was Militärs einen "strategischen Rückzug" nennen. Tatsächlich hat Wilson den Schwarzen Peter nun dem obersten Gewerkschaftsgremium, dem Generalrat des Trade Union Congress, zugespült, der eine "feierliche und bindende Verpflichtung" abgelegt hat, seinerseits auf Disziplin bei "wildem" und zwischengewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zu drängen.

Ein Drei-Mann-Ausschuß wird die Streikursachen prüfen, einen Schlichtungsversuch unternehmen und gegebenenfalls die betreffenden Gewerkschaften erhalten, ihre Mitglieder an den Arbeitsplatz zurückzusenden. Gewerkschaften, die sich dem Generalverdikt widersetzen, haben den Ausschluß aus dem Bund, dem TUC, zu gewärtigen; Mitglieder, die sich den Anordnungen ihrer Gewerkschaftsführer nicht fügen, können ausgeschlossen werden - was im closed shop-System in der britischen Industrie Verlust der Arbeitsstelle bedeuten kann. Dies sind die Sanktionen, die der Gewerkschaftsbund zur Verfügung hat. Wilson traut ihnen, wenn auch mit Skepsis, zu, daß sie die gleiche Wirksamkeit haben wie die von ihm vorgesehene "Strafkläuseln" - er verspricht, diese bei einem abgeänderten und im kommenden Jahr neu vorzulegenden Gewerkschaftsreform-Gesetz nicht wieder einzubringen.

Landauf, landab verhöhnt die konservative Opposition jetzt Wilsons Kurswechsel als "Kapitulation vor den Gewerkschaften". In Wirklichkeit handelt es sich um eine "Kapitulation aus Vernunft". Ein Fortsetzen seines Frontalangriffs gegen die Gewerkschaftsbewegung hätte die Spaltung der Fraktion und Partei sowie den Bruch zwischen Labourparty und Gewerkschaften bewirkt. Die der Regierung von der Opposition der Tories soufflierte Unterstützung sollte genau dies bezwecken. Heath und Freunde wählten es sich schon sehr schön aus, wie sie Wilson und seine Gefährten Paragraph um Paragraph im Verein mit den Linksrebellien und den gewerkschaftsverbundenen Labourabgeordneten um die Ohren

schlagen könnten. Aber der fuchsschlaue Premierminister spielte ihr Spiel nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt mit. Bis zuletzt versicherte er ernsthaft, die nationalen Interessen forderten ein solches Gesetz. Damit bewegte er die Gewerkschaften dorthin, wo er sie mindestens haben wollte, nämlich sich ihrer Autorität und Verantwortung bewußt zu werden. Als er dieses Ziel glaubte einigermaßen erreicht zu haben, scherte es ihn nicht mehr, ob er sein Gesicht wahren oder verlieren würde. Er lenkte ein.

Nicht die Gewerkschaften zwangen ihn zum Hissen der weißen Fahne, sondern sein Kabinett. Und der Verein der Hinterbänkler. Sie waren der Nervenbelastung in dieser Konfrontation nicht mehr gewachsen. Douglas Houghton, der Sprecher der Hinterbänkler, ließ Wilson wissen, daß der Zusammenhalt der Fraktion nicht mehr gewährleistet sei und daß die parlamentarische Zeit nicht mehr ausreiche, ein solch einschneidendes Gesetz über die Bühne zu bringen. Daraufhin gruppierten sich auch innerhalb des Kabinetts die Befürworter und Gegner des Gesetzes neu. Am Ende mußte Wilson erkennen, daß er, seine Arbeitsministerin Barbara Castle, sein Schatzkanzler Jenkins und noch eine Handvoll andere in der Minderheit waren. Daraus zog er die Konsequenz.

Der politische Wille zu überleben war größer. Sein Umschwung versöhnte die Fraktion wieder mit ihm. Die Angriffe der konservativen Opposition prallen an Wilson ab. Im Unterhaus hielt er den Tories vor, daß sie in den dreizehn Jahren ihrer Herrschaft die Behandlung wilder Streiks stets vom Gewerkschaftsbund, nicht von der Regierung vornehmen ließen. Darauf blieb die Frontbank des Schattenkabinetts die Antwort schuldig. Aus dem Gehörne der Tory-Hinterbänkler aber sollten diejenigen, die Wilson zum Kompromiß gezwungen haben, nicht nur die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Konservativen horseshören, die wenig Gutes bei einer Rückkehr der Tories ins Amt erwarten läßt. Die Gewerkschaftsführer sollten sich dadurch aufgerufen fühlen, ihre Fähigkeit zu beweisen, mit den Führungsaufgaben in einem modernen Industriestaat fertig zu werden.